

## Wie passt Kapitaldeckung zur gesetzlichen Rente?

### Überlegungen zu den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag

*Markus Kurth MdB, Berichterstatter für Rentenpolitik der Grünen im Bundestag, 9.3.2022*

In der Ampelkoalition sind wir uns einig: Auch langfristig muss die gesetzliche Rente das starke Fundament der Alterssicherung bleiben. Deshalb haben wir uns gemeinsam mit der SPD und der FDP auf eine dauerhafte Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus auf heutigem Stand verständigt.

Dass sich nun auch die FDP diesem Ziel verschreibt und sie Vorschläge zur nachhaltigen Finanzierung der gesetzlichen Rente vorlegt, ist bemerkenswert und dem Grunde nach eine begrüßenswerte Weiterentwicklung der liberalen Positionen in der Alterssicherung. Aber die FDP wäre nicht die FDP, würde sie dies nicht doch mit mehr Kapitaldeckung verbinden. Ihr Vorschlag zur Einführung einer „Aktienrente“, mit der alle gesetzlich Versicherten über Aktien hätten sparen müssen, wurde durchaus intensiv diskutiert.

#### **Eine teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rente muss allen zugutekommen**

Auf dem Weg von der Idee zur Realität ist von der ursprünglichen Idee der FDP-Aktienrente allerdings wenig geblieben. Im Koalitionsvertrag findet sie sich nicht wieder. Vereinbart zwischen den Ampelparteien ist nun stattdessen, in eine „teilweise Kapitaldeckung der Gesetzlichen Rentenversicherung einzusteigen“ und dieser „in einem ersten Schritt“ zehn Milliarden Euro aus Bundesmitteln zuzuführen. Daraus folgen drei Punkte:

1. Die Finanzierung über Beiträge ist vom Tisch.
2. Der ursprüngliche Ansatz der Aktienrente, alle Versicherten über individuelle Konten auf Aktienbasis sparen zu lassen, wird nicht umgesetzt. Die zusätzlichen Finanzmittel können und sollten die Nachhaltigkeitsrücklage der gesetzlichen Rentenversicherung stützen und damit einen Beitrag leisten, das Rentenniveau langfristig stabil zu halten und ein schnelles Ansteigen des Rentenbeitragssatzes zu verhindern.
3. Bei einem Ausgabenvolumen der Rentenversicherung von insgesamt rund 340 Milliarden Euro pro Jahr könnten Erträge aus einer Zehn-Milliarden-Kapitalanlage eher nur symbolische Wirkung entfalten.

Sollen Kapitalanlagen die gesetzliche Rente wirksam stützen, sind zusätzliche Mittel erforderlich. Schon über die mögliche Quelle der ersten zehn Milliarden Euro besteht allerdings Ungewissheit. Woher die Mittel für einen weiteren Finanzierungsschritt stammen könnten, ist bislang vollkommen unklar. Die FDP kann hier kein Konzept vorlegen. Weitere Steuermittel oder eine Finanzierung über Schulden sind angesichts der angespannten Haushaltslage unrealistisch.

#### **Zeit für einen neuen Finanzierungspakt zur Stabilisierung der gesetzlichen Rente**

Im Sinne der Nachhaltigkeit der Rentenfinanzen schlage ich deshalb einen Finanzierungspakt zwischen Staat und Arbeitgebern vor. Der Bund erklärt sich dabei zur Zahlung der im Koalitionsvertrag vereinbarten zehn Milliarden Euro bereit. Im Gegenzug leisten die Arbeitgeber einen jährlichen moderaten Zusatzbeitrag von 0,5 Prozent, um das Volumen des öffentlichen Rentenfonds langfristig auf ein Niveau zu bringen, mit dem die Beiträge während der kommenden demografisch schwierigen Phase möglichst niedrig und das Rentenniveau

möglichst hoch gehalten werden können. Die Arbeitgeber würden damit heute schon präventiv dazu beisteuern, die aufgrund der Alterung der Gesellschaft zunehmenden Lohnkosten zu verringern und darüber hinaus ihre Beschäftigten dabei unterstützen, ihren Lebensstandard im Ruhestand möglichst beizubehalten.

## A n h a n g

### **I. Wie sollte die Aktienrente nach ursprünglichem FDP-Konzept funktionieren?**

Die sogenannte Aktienrente, mit der die FDP in den Wahlkampf gezogen ist, sollte die bislang ausschließlich beitrags- und steuerfinanzierte Rentenversicherung um einen kapitalmarktbasierten Finanzierungsteil ergänzen. Alle gesetzlich Versicherten hätten dabei zwei Prozent ihrer Beiträge verpflichtend im organisatorischen Rahmen der Deutschen Rentenversicherung auf dem Aktienmarkt anlegen müssen, vor allem in weltweiten Indexfonds. Der Beitragssatz der umlagefinanzierten Rente wäre laut liberalem Ursprungskonzept dementsprechend um zwei Prozent auf 16,6 Prozent abzusenken gewesen. Die FDP schlug vor der Bundestagswahl vor, die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle der Rentenversicherung von jährlich rund 27 Milliarden Euro durch kreditfinanzierte Bundeszuschüsse auszugleichen. Sie unterstellte, dass die durchschnittliche jährliche Rendite der Aktienrente laut „konservativer“ Schätzung über Jahrzehnte bei 6,5 Prozent liegen würde, und damit oberhalb der Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts und der Löhne. Auf Garantien auch nur des Kapitalerhalts hätte laut FDP daher verzichtet werden können.

### **II. Warum wird „Aktienrente“ der FDP in ihrer ursprünglichen Form nicht umgesetzt?**

Der FDP mangelte es bei der Aktienrente also sicher nicht an Optimismus, leider aber an Glaubwürdigkeit. Sie war und ist nicht der behauptete sozial- und wirtschaftspolitische Tausendsassa, der die Rentenbeitragssätze niedrig hält, gleichzeitig das Rentenniveau steigert und überdies sichere Alterseinkünfte der Rentnerinnen und Rentner der Zukunft versprechen kann.

Es ist im Moment schlechterdings nicht vorstellbar, dass die notwendigen zusätzlichen Bundesmittel zum Ausgleich der Beitragsausfälle über viele Jahre immer wieder zur Verfügung stehen – insbesondere unter den finanzpolitischen Vorstellungen der FDP. Ohne eine solche Kompensation müssten unmittelbar alle heutigen Rentnerinnen und Rentner mit spürbar sinkenden Renten rechnen. Positive Wirkungen könnte die FDP-Aktienrente, wenn überhaupt, erst in einigen Jahrzehnten entfalten. Die Generation der Babyboomer\*innen aber, die das demografische Hauptrisiko darstellt, geht aber schon in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren in Rente. Für diese kommt eine aktienbasierte Altersversorgung – egal ob gesetzlich oder privat organisiert – ohnehin zu spät und somit nicht in Frage.

Und ob sich die zuversichtlichen Renditeerwartungen der FDP tatsächlich hätten erfüllen können, ist mehr als unsicher. Schon der kapitalgedeckte Teil der schwedischen Alterssicherung, die Premiepension, fuhr während der Finanzkrise große Verluste ein. Die Erholungsphase zog sich über Jahre.

Wer weiß, wie sich die Weltwirtschaft in den nächsten Jahrzehnten entwickelt? Wir leben in einer Zeit des Strukturwandels: Der demografische Wandel wird Jahr für Jahr mehr durchschlagen – mit entsprechend dämpfenden Folgen für die globale Wirtschaftsentwicklung. Mit der Digitalisierung werden Branchen verschwinden und neue entstehen. Eine Entwicklung, die über das Sterben der Kaufhäuser weit hinausgeht. Die fortschreitende Klimakatastrophe macht darüber hinaus eine ökologische Transformation der Wirtschaft sowie des Konsums und damit den Übergang in eine neue grüne Epoche der Wertschöpfung erforderlich, der ganze Wirtschaftsbranchen fundamental verändern wird. Jüngst warnten mehrere große Kreditinstitute und Zentralbanken vor den daraus möglicherweise entstehenden Erschütterungen des Finanzsystems. Wenn die sogenannte Carbon Bubble platzt, könnten die Finanzmärkte strukturell aus dem Tritt geraten. Künftige Rentnerinnen und Rentner, die sich vor allem Sicherheit wünschen, wären dann die Leidtragenden.